

Amtliche Bekanntmachung



Amtsgericht Bocholt

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Freitag, 13.11.2026, 11:00 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal 109, Benölkenplatz 2, 46399 Bocholt**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Isselburg, Blatt 722,
BV lfd. Nr. 41311**

Gemarkung Isselburg, Flur 1, Flurstück 663, Gebäude- und Freifläche, Dierteweg 26, Größe: 884 m²

versteigert werden.

Laut Gutachten (Stichtag 21.11.2025) handelt es sich um ein freistehendes Einfamilienhaus zzgl. Wirtschaftsanhau und Garage in mittlerer Wohnlage; Wohnfläche ca. 150 m², Baujahr unbekannt, Umbaujahr ca. 1976; die Bewertung erfolgte ausschließlich aus dem Straßenraum (eine Innenbesichtigung ist nicht erfolgt) und aufgrund der greifbaren Unterlagen

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 25.04.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

283.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten

anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.